

Warum beobachtet der Verfassungsschutz „Reichsbürger und Selbstverwalter“?

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder haben „Reichsbürger und Selbstverwalter“ als verfassungsfeindlich eingestuft, da sich deren Ziele und Verhaltensweisen gegen den Wesenskern des Grundgesetzes, gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung und insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker richten. Auch Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus sind teilweise erkennbar.

An wen kann ich mich wenden?

Hinweise zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ nimmt der Verfassungsschutz M-V entgegen.

Dafür steht Ihnen folgendes elektronisches Postfach zur Verfügung:

AuswertungRSV@verfassungsschutz-mv.de

Bei strafrechtlich relevantem Verhalten bzw. Bedrohungslagen durch Reichsbürger wenden Sie sich bitte an die Polizei.

In dringenden Fällen wählen Sie den polizeilichen Notruf 110.



„Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Mecklenburg-Vorpommern

Bürgerinformation

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: Abteilung Verfassungsschutz, Referat 500
Alexandrinstraße 1
19055 Schwerin

Telefon: 0385 588 2500
Fax: 0385 714438
E-Mail: info@verfassungsschutz-mv.de
Internet: www.verfassungsschutz-mv.de

Druck: Landesamt für innere Verwaltung M-V

Bilder: Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Stand: April 2018

Wer sind „Reichsbürger und Selbstverwalter“?

Den „Reichsbürger und Selbstverwalter“ gibt es nicht. Die Szene zeichnet sich in ihrer Erscheinung und in den Argumentationsmustern durch eine erhebliche Vielschichtigkeit aus. Was sie jedoch alle eint, ist der Glaube daran, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert. Stattdessen beziehen sich „Reichsbürger“ meist auf die Existenz eines „Reiches“, dessen staatliche Strukturen sie wieder aufbauen wollen. Dies führte auch zur Namensgebung der Szene. Im Gegensatz dazu wollen „Selbstverwalter“ sich keinen staatlichen Strukturen unterwerfen, sondern die staatlichen Rechte selbst ausüben, indem sie sich z. B. aus dem „BRD-System“ abmelden.

Das Spektrum der angeblichen Belege für die Richtigkeit ihrer Ansichten reicht von mit Verschwörungstheorien belasteten Weltansichten über esoterische Vorstellungen bis hin zu rechts-extremen Anschauungen, die jegliche historischen und politischen Erkenntnisse in Frage zu stellen versuchen. So werden zum Beispiel folgende Argumentationsmuster durch „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bedient:

- Argumentationsmuster (Revisionismus) des Rechtsextremismus
Bsp.: Die Bundesrepublik Deutschland wäre nicht souverän und nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches
- pseudojuristische Argumentationsmuster
Bsp.: Das Grundgesetz sei keine Verfassung bzw. hätte keinen Geltungsbereich und sei somit nichtig
- konstruierte Argumentationsmuster
Bsp.: Die Bundesrepublik Deutschland sei eine Firma bzw. ein vereinigt Wirtschaftsbereich

Wie sind „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in M-V organisiert?

Die überwiegende Zahl der Reichsbürger in M-V, sowie auch bundesweit treten als Einzelpersonen auf. Darüber hinaus ist auch zu beobachten, dass sie sich aktionsorientiert auch in Kleinstgruppen zusammenfinden. Eine kleine Anzahl von Szeneangehörigen hat sich aber auch in festen größeren Strukturen organisiert.

Welche Aktivitäten gibt es?

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ treten durch verschiedenste Aktionen in Erscheinung. Neben dem Versuch, eine eigene staatliche Ordnung zu errichten, dient ihr hartnäckiges Vorgehen gegen Behörden vor allem dazu, sich staatlichen Maßnahmen zu entziehen. Oft spielen aber auch kriminelle Motive zur finanziellen Bereicherung eine Rolle. Folgende Verhaltensweisen sind unter anderem bekannt:



- Rückgabe/Vernichtung von Ausweispapieren
- Erstellen eigener Falschdokumente und -kennzeichen
- Verweigerung von Abgaben, Gebühren-, Steuern- und Bußgeldzahlungen
- Widerstandshandlungen bei staatlichen Maßnahmen



- Bedrohung und Nötigung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst
- Störung von Gerichtsverhandlungen
- Beantragung von Staatsangehörigkeitsausweisen (mit szenetypischer Begründung),
- Bildung von „Reichsregierungen“, Vergabe von fiktiven Ämtern in diesem Zusammenhang
- „Überflutung“ von Behörden mit einer Vielzahl von Dokumenten, wie „Erlassen“ oder „Verfügungen“
- Eintragung in amerikanische Schuldenregister



Wie gefährlich sind „Reichsbürger und Selbstverwalter“?

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind von ihren Vorstellungen vollständig überzeugt. Sie verbreiten ihre Ideen häufig bei öffentlichen Auftritten und im Internet. Aggressives Verhalten richtet sich vorrangig gegen Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen.

Besorgniserregend ist bei einem kleinen Teil der festzustellende Hang zu Waffen. Die Behörden sind daher bestrebt soweit rechtlich möglich waffenrechtlichen Erlaubnisse zu entziehen bzw. diese erst gar nicht auszustellen. In M-V kam es bisher noch zu keinem Einsatz von Waffen durch „Reichsbürger und Selbstverwalter“.